

## **Kleine Anfrage 713**

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

### **Sandpisten**

Der Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung in Sachen „Sandpisten“ vom 29.07.2020 gibt auf viele themenrelevante Fragen keine Antworten. Diese wurden auch in der Sitzung des Ausschusses am 20.08.2020 nicht gegeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass im Zuge der Abfrage bei den Gemeinden hinsichtlich nicht erschlossener „Sandstraßen“ nicht nach „bewohnten Sandstraßen“, sondern allgemein nach gewidmeten Straßen, die dem Erschließungsbeitragsrecht unterfallen, gefragt wurde?
2. Es haben von den abgefragten Gemeinden nur 54,4% geantwortet. Aus dieser Zahl wurde auf 100 hochskaliert. Wurden die antwortenden Gemeinden gewichtet? Wurde ein Flächenfaktor berücksichtigt oder einfach nur „ $x \div 54,4 \times 100$ “ gerechnet?
3. Wurden die Gemeinden danach gefragt, welche Höhe an Erschließungsbeiträgen im Jahr 2019 festgesetzt worden sind? Wenn ja, wie ist die Antwort, in welcher Höhe? Wenn nein, warum nicht?
4. Wurde eine Abfrage der Gemeinden dahingehend vorgenommen, um zu erfahren, wie hoch der Anliegeranteil im gewichteten Durchschnitt bei Erschließungsmaßnahmen ist? Oder gibt es hierzu irgendwelche Erkenntnisse? (Bitte konkret antworten und nicht darauf verweisen, dass „die meisten 90% haben“.)
5. Welche konkreten Erkenntnisse hat die Landesregierung im Hinblick auf in diesem Jahr an die Gemeinden zu erstattende Ausfälle der abgeschafften Straßenbaubeiträge? Welche Summe muss an die Gemeinden tatsächlich ausgekehrt werden?
6. Wurden die Gemeinden gefragt oder liegen Erkenntnisse vor, wie viele Kilometer an Straßen in den Jahren 2018, 2019, 2020 ausgebaut sowie erschlossen worden sind bzw. werden?

7. Wurden die Gemeinden gefragt oder liegen Erkenntnisse vor, welches Ausbaugeschehen die Gemeinden auf Grundlage ihrer örtlichen Ausbaukonzepte in den kommenden Jahren planen?
8. Wie viele Gemeinden haben seit 2015 gar keine Erschließungsbeiträge für Straßen erhoben?
9. Wie viel Gemeinden verfügen nicht über eine Erschließungsbeitragssatzung?
10. Wie viele Kilometer gemeindliche Sandstraßen, die bereits vor 1990 als Wohnstraßen dienten, wurden in Brandenburg seit 1990 erschlossen?
11. Meint die Landesregierung, dass ein Verstoß gegen die Bestimmung des Art. 97 Abs. 3 S. 2 Landesverfassung (Konnexitätsprinzip) vorliegt, weil der Landesgesetzgeber bei der Abschaffung der Straßenbaubeiträge mit einem Ausgleichsbetrag in Höhe von 31 Millionen Euro kalkuliert hat und bei der Begründung seines Gesetzesvorhabens verbunden mit entsprechender Verordnungsermächtigung nur auf die tatsächlich erhobenen Beiträge und nicht die theoretischen Beträge beim Ausbau aller Straßen Bezug genommen hat (Drs. 6/ 10943 Neudruck)? Sind der Landesregierung diesbezügliche rechtliche Bedenken seitens Verfassungsorganen oder des Städte- und Gemeindebundes bekannt?